

Vom Arbeiterbildungsverein zur Sozialdemokratie

Die Haller Arbeiterbewegung von den Anfängen bis zum Fall des Sozialistengesetzes¹

VON HANS P. MÜLLER

Die Anfänge der württembergischen Arbeiterbewegung reichen in das Revolutionsjahr 1848 zurück². In Stuttgart, Esslingen, Göppingen und Ulm hatten sich *Arbeitervereine* gebildet; bis 1852 waren im Königreich Württemberg etwa 25 solcher Vereine entstanden. Sie fielen jedoch größtenteils der spätestens 1851 vehement einsetzenden staatlichen Unterdrückung zum Opfer. Die anschließende Reaktionsära erlaubte allenfalls eine »Phase informeller oder latenter Existenz«³, die erst im Rahmen einer veränderten politischen Großwetterlage seit Anfang der 1860er Jahre zu Ende ging.

Einerseits durch die Einführung der Gewerbefreiheit – in Württemberg zum 1. Mai 1862 – gefördert, andererseits mit dem Wiedererstarken des (Links-)Liberalismus eng verbunden, trat nun die Arbeiterbewegung in eine neue Phase ein. In einer Art Gründungswelle waren bis 1867/68 etwa zwanzig württembergische *Arbeiterbildungsvereine* mit rund 1600 Mitgliedern entstanden⁴. Zweierlei ist dabei bemerkenswert: Die sich formierende Bewegung der Handwerker Gesellen und Arbeiter hatte zunächst eine rein emanzipatorische, von klassenkämpferischen Ideen noch weit entfernte Zielsetzung. Nicht Sprengung der bürgerlichen Gesellschaft, sondern Integration in diese wurde angestrebt, als Integrationsvehikel sah man die eigene (Fort-)Bildung an. »Man war durchdrungen von dem Gedanken, daß es die erste Aufgabe eines tüchtigen Arbeiters sei, sich eine gediegene Bildung zu verschaffen; dann besitze er die Waffen für sein Fortkommen, mit denen er sich selber helfen könne«⁵. Folgerichtig organisierte man sich in Arbeiterbildungsvereinen mit entsprechenden Statuten. Gleichzeitig galt die enge Verbindung mit

1 Eine Kurzdarstellung des hier behandelten Zeitraums gibt die Festschrift »100 Jahre Sozialdemokratische Partei Deutschlands – Ortsverein Schwäbisch Hall«, Schwäb. Hall o. J. (1978). Sie beschränkt sich jedoch weitgehend auf die Wiedergabe von Zeitungsanzeigen und einige Aktenauszüge. Der ungedruckt gebliebenen wiss. Zulassungsarbeit von J. Karg: Die Arbeiterbewegung im Oberamt Schwäbisch Hall von ihren Anfängen bis zum Ende des Sozialistengesetzes. Mannheim 1980, verdankt der Verfasser Hinweise auf Belegstellen im Haller Tagblatt. Karg hat einige wesentliche Momente der Haller Entwicklung übersehen. Vgl. auch G. Wunder: Die Anfänge der SPD in Hall. In: K. Ulshöfer (Hg.): Bauer, Bürger, Edelmann. Festgabe für G. Wunder (= Forschungen aus Württ. Franken, 25), Sigmaringen 1984, S. 295ff.

2 Auch die Haller Gewerbegehilfen berieten im April 1848 über eine Stellungnahme »zu der sich neugestaltenden bürgerlichen Gesellschaft und über die Rechte und Pflichten der Gehilfen«. W. German: Chronik von Schwäbisch Hall. ... Schwäb. Hall o. J., S. 275.

3 W. Schmierer: Von der Arbeiterbildung zur Arbeiterpolitik. Die Anfänge der Arbeiterbewegung in Württemberg 1862/63–1878. Hannover 1970, S. 43.

4 Ebd. S. 74. Eine andere Quelle nennt für 1868 17 württ. Vereine mit etwa 1400 Mitgliedern: E. Eyck: Der Vereinstag deutscher Arbeitervereine 1863–1868. ... Berlin 1904, S. 88.

5 Eyck, S. 2.

liberal-demokratischen Kreisen des Bürgertums als natürlich und angemessen. Deren politische Zielsetzung war mit der der Arbeiterbildungsvereine zunächst weitgehend identisch. »Absolut herrschend war die Anschauung, daß Bürger und Arbeiter... große Aufgaben gemeinsam zu erfüllen hätten, daß beide von Natur aufeinander angewiesene, eng verbundene Brüder seien«⁶.

Zentren des Wiederaufbaus der württembergischen Arbeiterbewegung waren die 1862 neu entstandenen Arbeiterbildungsvereine Ulm und Esslingen sowie der Anfang 1863 als Rechtsnachfolger des 1852 aufgelösten Arbeitervereins gegründete Arbeiterbildungsverein Stuttgart. Kennzeichnend war hier die personelle Kontinuität zur »alten« Arbeiterbewegung. Die auch im übrigen Deutschland einsetzende Entwicklung – Einberufung erster Arbeiterkongresse – verlieh zusätzliche Impulse⁷.

Vertreter der Stuttgarter und Esslinger Vereine nahmen Anfang Juni 1863 am ersten Vereinstag deutscher Arbeitervereine in Frankfurt/Main teil. Unter diesem Namen konstituierte sich dort ein lockerer Zusammenschluß, an dessen Spitze sein »Ständiger Ausschuß« trat. Diese liberal geprägte, zunächst an den genossenschaftlichen Ideen Schulze-Delitzsch' orientierte Vereinigung war bis zu ihrer Auflösung 1869 die organisatorisch-politische Heimat der württembergischen Arbeiterbildungsvereine⁸. Entsprechend den Frankfurter Empfehlungen konstituierte sich im September 1863 ein »Gauverband württembergischer Arbeiterbildungsvereine«, an dessen Spitze der Stuttgarter Verein als »Vorort« trat, dieser Gauverband schloß sich dem Vereinstag an⁹.

Nachdem die Stuttgarter Arbeiter die Förderung des Vereinsgedankens als zentrale Aufgabe proklamiert hatten¹⁰, entstanden seit 1863 in rascher Folge weitere Vereine. Im April 1864¹¹ wurde der »Arbeiter-Bildungs-Verein Schwäbisch Hall« ins Leben gerufen. Eine im Haller Tagblatt erschienene Anzeige postulierte »gesellschaftliche Hebung und geistige Bildung« als Vereinsziel¹². Die – unter dem Datum 24. April 1864 – gedruckten Vereinsstatuten¹³ enthalten achtzehn Paragraphen, die ganz dem oben skizzierten Bild entsprachen; Politik blieb ausgeklammert. § 1 präzierte »geistige Bildung des Arbeiters durch passende Vorträge, gute Lectüre, Pflege des Gesangs und Unterricht in allgemein nothwendigen Kenntnissen« als alleinigen Vereinszweck. Zusammenkünfte sollten mindestens einmal wöchentlich erfolgen (§ 2). Jedem unbescholtenen, mindestens 18jährigen Arbeiter »ohne Unterschied der Person und der Beschäftigung« stand der Beitritt offen (§ 3), als Aufnahmegebühr wurden 12, als Monatsbeitrag 9 Kreuzer festgesetzt

6 Ebd., S. 2.

7 Vgl. *Schmierer* (wie Anm. 3), S. 51 ff.

8 Die Spaltung der frühen deutschen Arbeiterbewegung kann hier unberücksichtigt bleiben. Lassalles ebenfalls 1863 entstandener »Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein« vermochte in Württemberg zunächst nicht Fuß zu fassen. Vgl. *Schmierer* (wie Anm. 3), S. 61 ff.

9 Vgl. ebd., S. 63 ff.

10 Ebd., S. 70.

11 Nicht erst im Sommer 1864, wie *Schmierer* (ebd., S. 269) meint.

12 Haller Tagblatt (HT), Nr. 95 v. 26. 4. 1864.

13 Kopie im Kreisarchiv Schwäb. Hall (KrA SHA) – vgl. Anhang.

(§ 4). Die weiteren Punkte legten die Vereinsorganisation fest und bestimmten ein aus Vorstand, Vizevorstand, Kassierer, Schriftführer sowie einem dreiköpfigen Ausschuß gebildetes »Comité« als Leitungsorgan (§ 12).

Es erscheint wahrscheinlich, daß der Arbeiterbildungsverein Stuttgart dem Haller Verein »zur Existenz verholfen« hat¹⁴. Andererseits mögen auch außerwürttembergische Erfahrungen bei der Gründung mit eingeflossen sein, kam doch der erste Vereinsvorstand, der Bürstenbinder Julius Bär, aus Thüringen¹⁵. Die Haller Vereinsgründung erscheint insofern bemerkenswert, als die übrigen Arbeiterbildungsvereine in Württemberg fast ausnahmslos in Städten mit bereits entwickelter Industrie bzw. Großgewerben entstanden. In der Stadt Hall existierten nach der Gewerbeaufnahme von 1875 748 Betriebe mit 1520 männlichen (und 289 weiblichen) Gehilfen; nur 29 Unternehmen verfügten über mehr als fünf Beschäftigte¹⁶. So wird deutlich, daß sich die Mitgliedschaft fast ausschließlich aus Handwerkern bzw. Handwerksgesellen rekrutierte.

Die Quellen zur Vereinsgeschichte sind spärlich, da der Arbeiterbildungsverein als unpolitisch galt – und dies zunächst auch war – und so keiner amtlichen Beaufsichtigung unterlag. Anzeigen im Haller Tagblatt berichten über belehrende Vorträge, seit 1865 regelmäßig gefeierte Stiftungsfeste; der unterhaltende bzw. gesellige Bereich – Gesang, Tanz, Musikdarbietungen, Gedichtvorträge, Weihnachtsfeiern – kam nicht zu kurz. Auch die 1869 neu gedruckten Statuten¹⁷ zeigen, obwohl wesentlich ausführlicher gehalten, keine gravierenden Änderungen gegenüber 1864. Eine eigene Bibliotheks-Ordnung legte nunmehr Ausleihemodalitäten fest. Offenbar hatte die Vereinsbücherei inzwischen einen beachtlichen Umfang erreicht, stand sie doch unter Leitung eines Bibliothekars. Den Stellenwert des geselligen Bereichs unterstreicht, daß nunmehr der Vereinsleitung ein eigenes »Vergnügungs-Comité« zur Seite stand. Schließlich war den Statuten eine eigene »Sänger-Ordnung« beigegeben. Der Verein unterhielt einen Gesangslehrer und verfügte über eine Notensammlung; Gesangspflege wurde als »wesentliche« Vereinsaufgabe bezeichnet.

Während 1868 die Mitgliederzahl mit fünfzig angegeben wird¹⁸, zählte der Verein nach einem Bericht im Haller Tagblatt im Frühjahr 1869 »ca. 100 Mann«¹⁹. Auch

14 So *Schmierer* (wie Anm. 3, S. 71), ohne dies jedoch zu belegen.

15 Lt. Totenbuch v. St. Michael war Bär 1838 in Sachsen-Altenburg geboren. Er verstarb bereits 1865. Vgl. die Danksagung des Arbeiterbildungsvereins für »ehrenvolle Begleitung... Blumen und Kränze«, HT Nr. 144 v. 24. 6. 1865.

16 KrA SHA 1/43.

17 Kopie im KrA SHA.

18 Bericht über den Fünften Vereinstag der Deutschen Arbeitervereine ... 1868 zu Nürnberg. Hg. v. Vorort Leipzig² 1928, S. 31. *Schmierer* (wie Anm. 3, S. 271) führt für den 1. 1. 1868 23 Mitglieder – zugleich Abonnenten der »Arbeiter-Zeitung« – an.

19 HT Nr. 92 v. 22. 4. 1869. Im August 1869 betrug die Mitgliederzahl 120: Protokoll über d. Versammlung des Allgem. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterkongresses zu Eisenach... 1869, Leipzig 1869, S. 82.

das Oberamt Hall ging im Mai 1870 von etwa einhundert Mitgliedern aus²⁰. Daß sich der Haller Arbeiterbildungsverein auch als Selbsthilfeorganisation verstand, zeigt die Gründung einer »Kranken-Unterstützungskasse«. Bereits 1868 wurden dazu Statuten erarbeitet, deren § 1 die Unterstützung erkrankter Mitglieder durch Geldleistungen postulierte. Vereinsmitglieder waren zum Beitritt verpflichtet, dieser stand aber auch Nichtmitgliedern offen. Während die Statuten noch von niedrigen Beiträgen – 6 bzw. 3 Kreuzer im Monat – ausgingen, wurden diese 1869 auf 18 Kreuzer monatlich erhöht, die tägliche Unterstützung auf 30 Kreuzer festgesetzt. Bei den Beratungen waren auch Arbeitgeber beteiligt, eine Vereinbarung mit dem städtischen Krankenhaus wurde angestrebt²¹. Der Selbsthilfe diente auch die 1870 erfolgte Bildung eines – allerdings wohl nur kurzlebigen – vereinseigenen »Arbeitsnachweises«. Dort waren »Arbeiter in allen Fächern« registriert, mit entsprechenden Stellen in Stuttgart und Heilbronn stand man in Verbindung. Gewerbetreibende und Landwirte wurden zur Nutzung der neuen Einrichtung aufgerufen²².

Aktiv – jedoch nicht an führender Stelle – war der Haller Arbeiterbildungsverein auch an der Verbandsarbeit beteiligt. Er war beim Vereinstag der deutschen Arbeiterbildungsvereine vertreten, der im September 1865 in Stuttgart zusammentrat²³ und u. a. für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht eintrat, eine Forderung, die von den Hallern nachdrücklich unterstützt wurde²⁴. Auf der Landesversammlung des württembergischen Gauverbandes 1866 in Cannstatt – sie war von Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der »großdeutschen« und damit antipreußischen Volkspartei und der »kleindeutschen« Deutschen Partei (Nationalliberale) geprägt – bezog der Haller Delegierte die Position der Volkspartei²⁵. Folgerichtig setzte sich der »bisher wenig hervorgetretene« Haller Verein²⁶ bei den Landtagswahlen von 1868 vehement für den Kandidaten der Volkspartei, Oesterlen, ein. Eine Vereinsversammlung – ihr wohnten auch »viele andere hiesige Bürger« bei – beschloß nicht nur dessen Unterstützung, sondern verabschiedete auch eine Dankadresse an den bisherigen Abgeordneten. Angesichts der Wiedereinführung des allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts formulierte die Versammlung: »Arbeiter! Das langersehnte allgemeine Wahlrecht ist errungen! Laßt uns miteinander zeigen, daß wir dessen würdig sind«²⁷!

Wenige Tage später griff der Arbeiterbildungsverein erneut in den aufwendigen Wahlkampf zwischen Nationalliberalen und Volkspartei ein: Nachdem sich 42 Arbeiter in einem Aufruf für Oesterlens Gegenkandidaten ausgesprochen hat-

20 KrA SHA 1/519. Demgegenüber vertraten W. Atz und Chr. Schwend im Juni 1870 je 90 Mitglieder: Protokoll über den ersten Congreß der social-demokratischen Arbeiterpartei zu Stuttgart... 1870, Leipzig 1870, S. 51f.

21 Gedr. Statuten im KrA SHA, HT Nr. 92 v. 22. 4. 1869.

22 HT Nr. 177 v. 3. 8. 1870.

23 *Schmierer* (wie Anm. 3), S. 78, Anm. 75.

24 Ebd., S. 83, Anm. 126.

25 Ebd., S. 107f.

26 Ebd., S. 114, Anm. 169.

27 HT Nr. 147 v. 26. 6. 1868.

ten²⁸, deckten die beiden Vereinsvorstände, W. Atz und G. Bühler, den Hintergrund auf – der Chef der 42 bekenne sich »zur preußischen Partei«. Zugleich machten sie klar, daß der Arbeiterbildungsverein sich in seiner Unterstützung für Oesterlen nicht »irre machen« lasse. Dieser wolle »als guter Deutscher die Interessen des Volkes und also auch den Arbeiterstand vertreten; aber er will nicht preußisch werden, und das wollen wir auch nicht«²⁹.

Diese Politisierung des Haller Arbeiterbildungsvereins, seine eindeutige politische Standortbestimmung war keineswegs ungewöhnlich. Vielmehr war die »Bundesgenossenschaft« zwischen der Volkspartei und der Mehrheit der württembergischen Arbeitervereine – Oesterlen galt als Befürworter dieser Allianz – in jenen Jahren die Regel³⁰. Wie in zahlreichen Orten Württembergs waren auch in Hall und wenig später in einigen Bezirksorten im Rahmen der Auseinandersetzungen um die deutsche Frage 1865 an die 1848er Tradition anknüpfende »Volksvereine« wiederentstanden; sie bildeten den »organisatorischen Unterbau« der Volkspartei³¹. Als 1870 der Haller Oberamtmann die politischen Verhältnisse seines Bezirks schilderte, lieferte er auch einen Rückblick: Seitdem 1848 in Hall »die Wogen der Erregung« hochgegangen seien, herrsche unter den Bürgern »eine krankhafte Neigung, das Bestehende zu kritisieren... und aus dieser Neigung« resultiere »die Sucht, um jeden Preis der Regierung Opposition zu machen...«. Organ dieser Opposition sei vor allem der Volksverein. Seine Mitglieder – 1867 etwa 300, 1870 noch ca. 140 – rekrutierten sich aus dem »mittleren Gewerbestand, das gebildete Element ist gänzlich unvertreten«. Führend sei u. a. der Schreiner und Gemeinderat Christoph Schwend, er zähle zur »äußersten Linken« des Vereins³².

Der 1817 geborene Schwend gehörte nicht nur zu den aktivsten politischen Persönlichkeiten Halls – ein Aufruf zur Schleswig-Holstein-Frage von 1863 ist etwa von ihm unterzeichnet³³, seit 1864 war er Mitglied des Landeskomitees der Volkspartei³⁴ –, er sollte auch eine der Zentralfiguren der Haller Arbeiterbewegung werden. Entsprechend der skizzierten Aktionsgemeinschaft zwischen Volkspartei und Arbeiterbildungsvereinen trat Schwend wohl spätestens 1868 dem Haller Arbeiterverein bei. Er vertrat diesen als Delegierter beim Nürnberger Vereinstag der deutschen Arbeitervereine (5.–7. September 1868) und stimmte dort mit der Mehrheit für ein neues, entschieden klassenkämpferisches Programm³⁵. Dessen erster Punkt lautete: »Die Emanzipation der arbeitenden Klassen muß durch die arbeitenden Klassen selbst erobert werden. Der Kampf... ist nicht ein Kampf für Klassenprivilegien und Monopole, sondern für gleiche Rechte und gleiche Pflichten und für die Abschaffung aller Klassenherrschaft«³⁶. Nur vorder-

28 HT Nr. 151 v. 1. 7. 1868.

29 HT Nr. 153 v. 3. 7. 1868.

30 G. Runge: Die Volkspartei in Württemberg von 1864 bis 1871.... Stuttgart 1970, S. 155f.

31 Ebd., S. 45.

32 KrA SHA 1/519.

33 HT Nr. 268 v. 22. 11. 1863.

34 Runge (wie Anm. 30), S. 36, Anm. 37.

35 Bericht (wie Anm. 18), S. 31, *Schmierer* (wie Anm. 3), S. 204, Anm. 119.

36 Zit. nach A. Bebel: Aus meinem Leben, ⁹(Ost-)Berlin 1980, S. 159.

gründig war in Nürnberg eine Entscheidung zwischen Volkspartei und Nationalliberalen gefallen. Bebel schrieb in seinen Erinnerungen, daß nunmehr unbestreitbar »eine sozialistische Partei vorhanden war, die auf dem Boden der Internationale stand«³⁷.

Schwend wurde im Januar 1869 erneut – diesmal als Vertreter des Haller Arbeiterbildungsvereins – in das Landeskomitee der württembergischen Volkspartei gewählt³⁸. Die Verbindung war damit institutionalisiert und sollte auch auf der Landesversammlung der württembergischen Arbeitervereine vom 13.–14. Juni 1869 in Rottweil zum Ausdruck kommen. Der Haller Vereinsvorsitzende Atz trat dort sogar als Redner auf³⁹. Die Versammlung in Rottweil war jedoch die letzte des württembergischen Gauverbandes. Nachdem bereits 1868 in Nürnberg eine Reihe württembergischer Vereine bzw. Delegierter den Vereinstag verlassen und eine nationalliberal orientierte Vereinigung (Deutscher Arbeiterbund) mitbegründet hatten⁴⁰, sollte der Eisenacher Kongreß eine zukunftsweisende Umgestaltung der Arbeiterbewegung bringen. Auf dem zum 7. August 1869 nach dort einberufenen »allgemeinen deutschen sozial-demokratischen Arbeiter-Congreß« konstituierte sich die »Sozialdemokratische Arbeiterpartei« mit einem klassenkämpferischen Programm, der »Vereinstag« wurde aufgelöst. Der Haller Verein entsandte keinen eigenen Delegierten, er ließ sich jedoch mit der Instruktion vertreten, »nur den Resolutionen zu(zu)stimmen, welche dem social-demokratischen Nürnberger Programm entsprechen«⁴¹.

Obwohl damit die Weichen für eine Trennung von der Volkspartei eigentlich gestellt waren, blieb in Hall das Einvernehmen sowohl mit dem Volksverein als auch dem übrigen Bürgertum zunächst erhalten. Ende November 1869 lud der Arbeiterbildungsverein zusammen mit den Vorständen des Gewerbe- und Volksvereins zu einem Vortrag des Reichstagsabgeordneten August Bebel ein. Es erscheint bemerkenswert, daß Volks- und Gewerbeverein »zahlreiche Beteiligung« ihrer Mitglieder wünschten, »da die ›socialle Frage‹ von einem der tüchtigsten und bewährtesten Führer der socialen Demokratie besprochen wird«⁴². Bebel's Auftritt in Hall war – wie auch im übrigen Süddeutschland – ganz offenbar ein großes Ereignis: schon am Bahnhof wurde er von Abgesandten der drei einladenden Vereine feierlich empfangen⁴³. Der Adlersaal und die anschließenden Räume waren »vollständig besetzt von Männern verschiedenen Alters und Standes«, die seinem fast zweistündigen Vortrag zur Arbeiterfrage – er wurde von Christoph Schwend eröffnet – »mit gespanntester Aufmerksamkeit« folgten. Das Haller Tagblatt entschloß sich, das Referat fast vollständig abzudrucken⁴⁴. Es attestierte

37 Ebd., S. 162.

38 *Schmierer* (wie Anm. 3), S. 128.

39 Ebd., S. 137.

40 Ebd., S. 116.

41 HT Nr. 178 v. 3. 8. 1869.

42 HT Nr. 275 u. 276 v. 26. u. 27. 11. 1869.

43 *Schmierer* (wie Anm. 3), S. 146. Anm. 139.

44 HT Nr. 280–284, 1869.

Bebel, »wahr und warm« über die Verhältnisse der Arbeiter gesprochen und nur gelegentlich »etwas zu grell« gewesen zu sein. Lediglich seine »Polemik« gegen die »Bourgeoisie« und die »staatlichen Zustände« galten der Zeitung als nicht verbreitbar⁴⁵.

Der Haller Arbeiterbildungsverein verfolgte nunmehr zunächst einen entschieden politischen Kurs. Anfang 1870 rief er etwa zu einer Solidaritätsveranstaltung zu Gunsten der streikenden Bergleute in Waldenburg (Schlesien) auf: »Arbeiter und Arbeiterfreunde, kommt, legt eure Scherflein zusammen, ihr lindert die Noth wackerer Brüder und verhelft ihnen zu ihrem Recht«⁴⁶. Auf seiner Hauptversammlung am 13. März 1870 – sie war von über zweihundert Arbeitern und auswärtigen Deputierten besucht – erfolgte mit überwältigender Mehrheit bei nur drei Gegenstimmen die Annahme des Eisenacher Parteiprogramms, das vom Vorsitzenden Atz und Schwend vertreten und erläutert wurde. Nach der vorangegangenen Festlegung war dieser Beschluß nur folgerichtig, die Werbung der Abgesandten des Stuttgarter Arbeitervereins für das nationalliberale Verbandsprogramm blieb chancenlos⁴⁷. Der »Sündenfall« des Arbeiterbildungsvereins wurde auch von den Behörden registriert. In einem Bericht an das Innenministerium vom Mai 1870 konstatierte der Haller Oberamtmann, der Verein habe das »lobenswerthe« Ziel seiner Statuten durch den Anschluß an die sozialdemokratische Arbeiterpartei verlassen. Allerdings habe »das kleine Häuflein der Arbeiter sich bis jetzt in keiner Weise bemerklich gemacht«. »Bemerkenswert« erschien dem Oberamtmann die – noch bestehende – Verbindung des Vereins zur eigentlichen Opposition, der Volkspartei⁴⁸.

Der Zustand der Arbeiterbewegung in Württemberg war bereits am Vorabend des Krieges von 1870/71 desolat. Die Arbeitervereine waren durch den teils offen ausgetragenen, z. T. latent schwelenden Konflikt zwischen Volkspartei und Sozialdemokratie verunsichert und untereinander zerstritten. Der auch von den Haller Delegierten Atz und Schwend besuchte Landeskongreß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Stuttgart (4.–7. Juni 1870) hatte beschlossen, »mit keiner anderen Partei Allianzen oder Kompromisse« einzugehen⁴⁹. Schließlich traten in Württemberg auch die Lassalleaner auf den Plan. Die Haltung der Parteiführer Bebel und Liebknecht – Verweigerung der Kriegskredite im norddeutschen Reichstag, später Eintreten für die Pariser Kommune – entfremdete im Siegestaumel bzw. der Euphorie der Bismarckschen Reichsgründung endgültig bürgerliche Kreise der Partei. Ihre Anhänger wurden nun erstmals als Reichs- oder Vaterlandsfeinde bezeichnet.

Vor diesem Hintergrund geriet der Haller Arbeiterbildungsverein in eine Krise. Zur Landesversammlung der württembergischen Sozialdemokraten im Juli 1871

45 HT Nr. 284 v. 5. 12. 1869.

46 HT Nr. 1 v. 1. 1. 1870.

47 HT Nr. 57, 60 u. 61, 1870, *Schmierer*, S. 151, Anm. 170.

48 KrA SHA 1/519.

49 Protokoll (wie Anm. 20), S. 51f., *Schmierer*, S. 155, auch Anm. 203.

entsandte er keinen Delegierten⁵⁰, im Dezember 1871 hatte er den Tod seines Vorsitzenden, des Schusters Wilhelm Atz, zu beklagen. Das Parteiorgan, der »Volksstaat«, würdigte Atz als »eifrige(n) Sozialdemokrat(en), der, kein Opfer scheuend, überall, wo sich die Gelegenheit bot, für die Verbreitung der sozialdemokratischen Prinzipien eintrat«⁵¹. Ein Bericht des Haller Tagblatts von 1872 läßt zwar das Ausmaß der Krise erkennen, die Hintergründe bleiben jedoch – mangels weiterer Quellen – unklar. Der »Arbeiterverein« – so firmierte er seit 1872⁵² – habe »seine social-demokratischen Principien abgestreift« und verfolge nunmehr nur noch das Ziel, »durch eifrige Pflege des Gesangs u. nützliche Lektüre... dem Arbeiter bei geselligem Beisammensein eine Erholungsstätte (zu) werden«. Bezeichnenderweise quittierte das Blatt den Rückzug aus der Politik mit einem »Bravo!« und wünschte dem »von höchster Blüthe bedeutend zusammengesunkene(n) Verein« ein Wiedererstarken »unter seinem neuen Panier«⁵³.

Aus dieser Meldung darf geschlossen werden, daß wahrscheinlich Auseinandersetzungen, ja Richtungskämpfe die neue – unpolitische – Orientierung des Arbeitervereins bewirkt hatten. Resultat der Neuorientierung war offenbar ein Mitgliederverlust. Es erscheint plausibel, das veränderte politische Klima nach der Reichsgründung für diese Entwicklung mitverantwortlich zu machen. Dennoch entsandte der Haller Arbeiterverein 1872, 1873 und 1875 Delegierte zu den Landesversammlungen der württembergischen Sozialdemokratie. Die Einladungen waren jedoch auch an »Gesinnungsgenossen« und Freunde der Partei ergangen⁵⁴. Die Jahre bis 1875 bedeuteten so für die Haller Arbeiterbewegung eine Zeit des Stillstandes. Während der Arbeiterverein seinen neuen Kurs beibehielt⁵⁵, fanden vereinzelte Auftritte auswärtiger Sozialdemokraten zwar Interesse, aber keine größere Resonanz⁵⁶.

1875 erfolgte dann jedoch in Hall wie im Reich ein Neubeginn. Während am 2. Mai der Arbeiterverein sein 11. Stiftungsfest beging⁵⁷, zeigte am folgenden Tag der Schreiner Ludwig Schwend – ein Sohn von Christoph Schwend – dem Haller Stadtschultheißenamt an. »daß sich hier eine Mitgliedschaft der socialdemokratischen Arbeiterpartei gegründet hat« und bat um deren Genehmigung. Das Gesuch wurde an das Oberamt weitergeleitet⁵⁸, von dort erfolgte jedoch keine Reaktion: man hatte die Parteigründung nur zur Kenntnis genommen. Lediglich die anfängliche Mitgliederzahl der neuen Partei ist bekannt. Auf dem Vereinigungskongreß in Gotha (22.–27. Mai 1875) schlossen sich Sozialdemokratische Arbeiterpartei und Lassalleaner (ADAV) um den Preis eines von Marx und Engels heftig kritisierten Kompromißprogramms zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutsch-

50 *Schmierer* (wie Anm. 3), S. 174.

51 Zit. nach ebd., S. 174, Anm. 112.

52 Eine Begründung für die geänderte Bezeichnung fehlt.

53 HT Nr. 122 v. 29. 5. 1872.

54 Dazu *Schmierer* (wie Anm. 3), S. 179ff.

55 Vgl. etwa die Einladung zur Singstunde, HT Nr. 124 v. 30. 5. 1873.

56 Vgl. HT Nr. 153 v. 4. 7. 1873.

57 HT Nr. 100 v. 1. 5. 1875.

58 KrA SHA 1/510. Das Gesuch ist abgebildet in: 100 Jahre... (wie Anm. 1).

lands (SAP) zusammen. Der gemeinsame württembergische Delegierte vertrat dort auch die 25 Mitglieder der Haller Parteiorganisation⁵⁹. Da nur elf württembergische Mitgliedschaften in Gotha vertreten waren, darf sich die Haller Partei zu den Pionieren der württembergischen Sozialdemokratie zählen.

Die Vermutung Schmierers, der Haller Arbeiterbildungsverein – der wie erwähnt seit 1872 als Arbeiterverein firmierte – sei 1875 »in eine Mitgliedschaft der SAP umgewandelt« worden⁶⁰, ist unzutreffend. SAP und Arbeiterverein bestanden vielmehr als befreundete Organisationen nebeneinander. 1876 beteiligten sich die Mitglieder der Partei an der Fahnenweihe des Arbeitervereins⁶¹, dieser führte etwa im November 1876 eine Mitgliederversammlung durch, wohl 1877 erfolgte die Umbenennung zum Arbeiter-Gesang-Verein⁶². Doppelmitgliedschaften in beiden Organisationen sind nicht auszuschließen. Während der Hintergrund der Haller Parteigründung im Dunkel bleibt, ist zu vermuten, daß die politische Abstinenz des Arbeitervereins diesen Schritt verursachte. Zudem dürfte die Annäherung von Lassalleanern und Sozialdemokraten in Württemberg schon vor dem Kongreß in Gotha⁶³ nicht ohne Einfluß geblieben sein. Bemerkenswert erscheint schließlich eine Erklärung Chr. Schwends während einer Wahlversammlung 1890: Nachdem er »viele Jahre« der Volkspartei angehört habe, sei er zur Einsicht gelangt, »daß wir mit dieser Partei, so annehmbar und liberal ihre Grundsätze erscheinen mögen, nicht vom Fleck kommen, darum habe er sich den Grundsätzen der Sozialdemokratie zugewandt«⁶⁴. Nachdem Schwends Sohn Ludwig 1875 die Parteigründung angezeigt hatte, darf als sicher gelten, daß auch sein Vater zu den Gründungsinitiatoren gehörte⁶⁵, dessen Bruch mit der Volkspartei in jene Zeit zurückreicht.

Die Jahre bis zur Verkündung des Sozialistengesetzes waren für die kleine Haller Partei eine Zeit des Aufbaus. 1878 schilderte der Oberamtmann ihre vornehmlich aus Volksversammlungen mit auswärtigen »Agitatoren« bestehenden politischen Aktivitäten. Themen waren etwa das Verhältnis zwischen Sozialismus und Christentum, die Reichstagsparteien, Bismarcks Politik und Wahlfragen. Der Veranstaltungsbesuch sei »durchschnittlich mäßig« gewesen, Frauen hätten »keinen Antheil« genommen, »wohl aber unreife minderjährige Mannspersonen«. Die Vorträge wurden als »gemäßigt« charakterisiert. »Anlaß zum Einschreiten der Behörden« habe nicht bestanden⁶⁶. Als sich im Januar 1876 der Haller Oberstaatsanwalt anlässlich einer Versammlung mit dem sozialdemokratischen Reichtagsab-

59 Protokoll des Vereinigungs-Congresses d. Sozialdemokraten Deutschlands abgehalten zu Gotha... 1875, Leipzig 1875 (Delegiertenverzeichnis im Anhang).

60 Schmierer, S. 204.

61 HT Nr. 106 v. 7. 5. 1876.

62 HT Nr. 265 v. 12. 11. 1876 (Versammlung Arbeiterverein); HT Nr. 179 v. 4. 8. 1877 (Versammlung Arbeiter-Gesang-Verein).

63 Dazu Schmierer, S. 186ff.

64 HT Nr. 41 v. 19. 2. 1890.

65 Er erscheint 1878, zusammen mit einem weiteren Sohn, Carl, auf der oberamtlichen Liste der Parteimitglieder. KrA SHA 1/510.

66 KrA SHA 1/510.

geordneten Vahlteich scharfmacherisch dafür aussprach, solchen »socialistischen Bestrebungen, deren allgemein gefährliche Natur keinem Zweifel mehr unterliegt« entgegenzutreten, verwies Oberamtmann v. Daniel darauf, daß die württembergische Gesetzgebung dazu keine Handhabe biete. Offenbar halbherzig versprach er, »wenn immer möglich«, Vahlteichs Vortrag über Geschäftskrisen und die Reichstagsparteien mitstenographieren zu lassen⁶⁷. Diese am bestehenden Recht orientierte Haltung Daniels verhinderte bei weiteren Veranstaltungen bis 1878 – als Referenten traten etwa der bekannte Stuttgarter Parteiredner Dr. Dulk und der Redakteur der »Süddeutschen Volkszeitung«, Holzwarth, auf⁶⁸ – jegliche Einflußnahme der Behörden. Dies galt auch für die am 15. April 1877 in Hall abgehaltene Landesversammlung der Württembergischen SAP⁶⁹.

In Anlehnung an den Arbeiterverein entstanden auch in Hall örtliche Gewerkschaften, die den auf Reichsebene operierenden Dachverbänden angehörten. Wahrscheinlich 1873⁷⁰ trat eine Holzarbeitergewerkschaft ins Leben, die dem in Hamburg domizilierenden »Bund der Tischler« assoziiert war. Ihr war eine staatlich kontrollierte Krankenkasse angeschlossen. Im Folgejahr⁷¹ bildete sich ein Ableger der Metallarbeitergewerkschaft in Braunschweig, die 1878 in Hall etwa 31 Mitglieder zählte. Mit ihr war eine Kranken- und Sterbekasse verbunden⁷². Möglicherweise bestand vor 1878 auch eine Schuhmachergewerkschaft. Aus den spärlichen Anzeigen im Lokalblatt sind neben regelmäßigen Versammlungen, z.T. mit auswärtigen Sozialdemokraten, auch gesellige Veranstaltungen in Verbindung mit dem Arbeiterverein und der SAP zu ersehen. Der seit den 1860er Jahren in Hall bestehende Konsumverein kann nicht als Teil der Arbeiterbewegung angesehen werden. Während der Untersuchungen anlässlich des Sozialistengesetzes blieb er völlig unbeachtet.

Zur Reichstagswahl im Januar 1877 tat im 11. württembergischen Wahlkreis (Oberämter Hall, Öhringen, Backnang und Weinsberg) mit dem sächsischen Reichstagsabgeordneten Vahlteich erstmals ein sozialdemokratischer Zählkandidat an. Nachdem bereits im Herbst 1876 in Hall und Ilshofen das sozialdemokratische Programm vorgestellt worden war⁷³, organisierte ein »Arbeiterwahlkomité« – sicherlich aus Haller Parteimitgliedern bestehend – einen bescheidenen Wahlkampf mit Versammlungen in Hall, Untermünkheim und Ilshofen⁷⁴. Von den im gesamten Wahlkreis für Vahlteich abgegebenen 254 Stimmen entfielen allein 205 auf die Stadt Hall, in Ilshofen wurden 9 Wähler gewonnen⁷⁵. Während die SAP in

67 Ebd.

68 HT Nr. 86, 94 und 127, 1878.

69 HT Nr. 85 u. 86 v. 14. u. 15. 4. 1877.

70 HT Nr. 96 v. 26. 4. 1873.

71 HT Nr. 77 v. 2. 4. 1874.

72 KrA SHA 1/510.

73 HT Nr. 241 v. 14. 10. u. Nr. 270 v. 18. 11. 1876.

74 HT Nr. 4 u. 5 v. 6. u. 9. 1. 1877.

75 HT Nr. 8 v. 12. 1. 1877.

Württemberg – sie war nur in einigen Wahlkreisen angetreten – knapp 4 % der abgegebenen Stimmen erhielt⁷⁶, hatte sie in Hall beinahe 25 % erzielt.

Zwei Attentate auf Kaiser Wilhelm im Mai und Juni 1878 sollten das politische Klima im Deutschen Reich radikal verändern. Obwohl die beiden Täter Hödel und Nobiling keine Sozialdemokraten waren – Hödel war wegen Betrugs aus der Partei ausgeschlossen worden –, instrumentalisierte Bismarck das Geschehen skrupellos. Sein Vorgehen gegen die Arbeiterbewegung gehört nach einem modernen Urteil »zweifellos zu den dunkelsten Punkten« seines politischen Wirkens⁷⁷. Mit dem Ziel, eine für ein scharfes Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie ausreichende Mehrheit zu erlangen, erreichte er die Auflösung des Reichstags und die Ausschreibung von Neuwahlen zum 30. Juli 1878. Der Wahlkampf war von einer beispiellosen publizistischen Kampagne gegen die Sozialdemokratie begleitet, gleichzeitig wurden deren Flugblätter beschlagnahmt, Versammlungen verboten und Verhaftungen vorgenommen. Das reichsweite Kesseltreiben wird durch die Vorgänge in Hall illustriert. Dabei ist vorauszuschicken, daß hier das Lokalblatt nach einem oberamtlichen Bericht »gegen die socialistischen Tendenzen... von jeher lebhaft aufgetreten« sei und sich den »Haß« der Sozialdemokraten zugezogen habe⁷⁸. Nunmehr schrieb das Haller Tagblatt nach einem polemischen Versammlungsbericht aus Stuttgart, die Partei habe »allen Grund, angesichts der Früchte ihrer Lehren, so still als möglich sich zu verhalten«. Gleichzeitig verkündete eine redaktionelle Notiz, man habe sowohl einen Aufsatz als auch eine Anzeige »der hiesigen Sozialdemokratie« zurückgewiesen⁷⁹. Der Aufsatz sollte frühere Artikel des Blattes widerlegen, die Anzeige für eine Volksversammlung werben, die neben Wahlfragen »die Angriffe gegen die Socialdemokratie u. die Haltung... des Haller Tagblatts« zum Thema hatte⁸⁰. Die Haller Sozialdemokraten versuchten nun, per Plakat für die geplante Versammlung zu werben. Das Stadtschultheißenamt verweigerte jedoch die Genehmigung; das Plakat sei geeignet, »den öffentlichen Frieden... zu gefährden«, es könnten »leicht Gewaltthätigkeiten zwischen den verschiedenen Klassen der Bevölkerung entstehen«. Eine Beschwerde Christoph Schwends namens seiner Partei – »das Verbot komme... einem Versammlungsverbot beinahe gleich« und verstoße zudem gegen das Wahlgesetz – wurde vom Oberamt zurückgewiesen⁸¹.

Während die Haller SAP kurz vor dem zweiten Attentat zu einer Volksversammlung mit Dr. Dulk aufgerufen hatte (»Auch die Frauen sollten unser württ. Versammlungsrecht mehr benutzen«⁸²), konnte sie anschließend nur noch eine einzige, allerdings beeindruckende Anzeige für den wiederum als Zählkandidaten nominierten Julius Vahlteich veröffentlichen:

76 *Schmierer* (wie Anm. 3), S. 240.

77 *L. Gall*: Bismarck – Der weiße Revolutionär, Frankfurt/Berlin/Wien 1983 (TB-Ausgabe), S. 564.

78 Die Haller Parteimitglieder würden daher überwiegend die »Süddeutsche Volkszeitung« und den »Vorwärts« lesen; KrA SHA 1/510. Die »Volkszeitung« – das württ. Parteiorgan – lag auch in Haller Gastwirtschaften aus; *Schmierer* (wie Anm. 3), S. 194, Anm. 47.

79 HT Nr. 163 v. 14. 7. 1878.

80 KrA SHA 1/510.

81 Ebd.

82 HT Nr. 127 v. 1. 6. 1878.

Wähler des 11. Wahlkreises!

Der 30. Juli rückt näher, das deutsche Volk hat eine Wahl von der größten Bedeutung zu vollziehen, über sein eigenes Wohl und Wehe zu entscheiden. — Die Reichsregierung braucht neue Steuern, obgleich die Steuerlast in Württemberg seit dem Jahre 1866 sich verdoppelt hat. Die fünf Milliarden französischer Kriegs-Entschädigung sind aufgezehrt. Durch die fortwährend steigenden Ausgaben für das Militär, gegen 400 Millionen Mark jährlich, drohen neue drückende Steuern, trotz Stodung aller Geschäfte, trotz Verarmung und Noth des Arbeiter-, Handwerker- und Bauernstandes. Es kann deshalb nur eine Lösung des Volkes in diesem Wahlkampf geben: Erleichterung der ungeheuren Militär- und Steuerlast, äußerste Sparsamkeit im Staatshaushalt, Abschaffung der gerade die ärmeren Klassen bedrückenden indirekten Steuern!

Die Verbrechen gegen das Leben des Kaisers wurden von ruchlosen Subjekten begangen, keine Partei darf hiesfür verantwortlich gemacht werden, wie es von Seite der volksfeindlichen Parteien zu dem Zweck geschieht, einem großen Theil der Bevölkerung das freie Wort, die Versammlungsfreiheit und womöglich das allgemeine gleiche Wahlrecht zu nehmen. Wähler! tretet für die bedrohte Volksfreiheit ein, es handelt sich um eure höchsten politischen Rechte! Gebt nur einem Mann eure Stimme, der sein ganzes Leben lang für die Volkerechte eingetreten ist, dem Kandidaten der Arbeiterpartei

Julius Wahlteich, Prokurist in Chemnitz.

Helfet die Lasten des Volkes erleichtern, steuert der um sich greifenden Verarmung, legt am 30. Juli eure Stimme für Wohlfahrt und Freiheit in die Waagschale. Wählt einen ganzen Mann, zeigt, daß Ihr begriffen habt, warum der so zohme letzte Reichstag aufgelöset wurde; er war noch nicht zahm genug! Schickt nicht noch einen zahmeren nach Berlin, der zu Allem Ja und Amen sagt, wählet

Julius Wahlteich,

Prokurist in Chemnitz.

Das Arbeiter-Wahlcomité.

7110]

Die beiden eigentlichen Kontrahenten, der fraktionslose v. Bühler und sein nationalliberaler Gegenspieler Göz, führten dagegen einen wochenlangen und fast modern wirkenden Wahlkampf mit zahlreichen Anzeigen, Aufrufen und ausführlicher Berichterstattung des Haller Tagblatts. Bühler hatte etwa »energisches Einschreiten gegen die... sozialdemokratische Partei mit allen hiezu geeigneten... Mitteln« gefordert⁸³, auch sein Gegenspieler verteilte die Sozialdemokratie⁸⁴. Vor diesem Hintergrund ist es überraschend, daß 241 Stimmen in der Stadt, weitere 27 im Oberamt Hall auf Vahlteich entfielen (Wahlkreisergebnis: 274)⁸⁵. Anderswo in Württemberg hatte die Partei erhebliche Einbußen erlitten.

Ein Geheimerlaß des württembergischen Innenministeriums vom 12. August 1878 unterrichtete die Oberämter über den Entwurf eines Reichsgesetzes »gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie«, nach dem »Vereine, Versammlungen und Druckschriften, welche socialdemokratischen, socialistischen oder kommunistischen, auf Untergrabung der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung dienen, verboten werden«. Demzufolge war ausführlich über bestehende Vereine und deren publizistische und agitatorische Tätigkeit zu berichten. Die nach diesem und nachfolgenden Erlassen angestellten oberamtlichen Erhebungen liefern erstmals ein detailliertes Bild über den Stand der Arbeiterbewegung in Hall⁸⁶. Nach dem Bericht von Oberamtmann v. Daniel fiel die Haller Mitgliedschaft der Arbeiterpartei »unzweifelhaft« unter den Gesetzentwurf. Gemäß ihrem Programm⁸⁷ erstrebe sie die »Errichtung des freien Volksstaats« und huldige »sozialistischen Tendenzen«. Die Mitgliederzahl betrage »etwa 50«, eine dem Oberamt vorliegende Liste enthalte 43 Namen⁸⁸ – neben vier selbständigen Haller Gewerbetreibenden und einem Landwirt aus einer Nachbargemeinde nur unselbständige Haller Gewerbegehilfen: Schreiner, Schlosser, Schneider, Schuster, Dreher, Bürstenmacher, Buchbinder, Flaschner, Buchdrucker, Maler, Schmiede, Metzger, Maurer, Zimmerleute u. a. Als Vorsitzender fungiere der Schreinergehilfe Friedrich Elser, Schriftführer sei der Ingenieur Carl Schwend (ein Sohn von Christoph Schwend). Die »Wirksamkeit« der jeden Samstag tagenden Parteigruppe wurde als »gering« bezeichnet, Beanstandungen seien bisher nicht vorgekommen, ein der Partei bzw. der Metallgewerkschaft verbundener Singkranz »Liberté« lasse »wenig von sich hören«. Vermögen sei nicht vorhanden; für »Propaganda« habe man freiwillig etwa 32 Mark an den Parteiausschuß in Hamburg gesandt. Schließlich verneinte der Bericht die Anwesenheit sozialistischer

83 HT Nr. 168 v. 20. 7. 1878.

84 HT Nr. 170 v. 23. 7. 1878.

85 HT Nr. 182 v. 6. 8. 1878.

86 Die Oberämter Crailsheim, Gaildorf und Gerabronn erstatteten auf diesen Erlaß Fehlanzeige: HStA Stgt. E 146 alt, Bü 1971. Ein in Crailsheim 1869 bestehender Arbeiterbildungsverein – vgl. Amts- u. Intelligenz-Blatt für das Oberamt Crailsheim..., Nr. 128 v. 28. 10. 1869 – war inzwischen offenbar eingegangen.

87 Vgl. Anhang. Die Haller Sozialdemokraten orientierten sich nicht etwa am Gothaer Parteiprogramm von 1875, sondern an dem von Eisenach aus dem Jahr 1869.

88 KrA SHA 1/510. Die Liste – auch eine der Gewerkschaftsmitglieder – ist abgebildet und transkribiert in: 100 Jahre... (wie Anm. 1), S. 14ff.

»Agitatoren«, auch sozialistische Druckschriften erschienen nicht im Bezirk⁸⁹. Die keineswegs scharfmacherischen Ausführungen lassen erkennen, daß der Oberamtmann die Haller Sozialdemokraten nicht als sonderlich gefährlich ansah.

Unmittelbar nach der Verkündung des Sozialistengesetzes⁹⁰ zeigten L. Schwend und Fr. Elser dem Oberamt die Auflösung der Haller Mitgliedschaft der sozialistischen Arbeiterpartei an. Anfang November 1878 meldete Elser als gewesener Bevollmächtigter auch die Selbstauflösung der Filiale des »Bundes der Tischler«, dessen Krankenkasse allerdings fortbestehe. Das Kassenbuch und die Gelder der Gewerkschaft habe man an die Zentrale in Hamburg abgeliefert, weitere Unterlagen vernichtet. Georg Renftle, der Bevollmächtigte des Metallarbeitervereins, wurde Anfang November über das Verbot seiner Organisation unterrichtet. Er gab dabei zu Protokoll, daß das Hauptkassenbuch an die Braunschweiger Zentrale eingesandt worden sei, die Vereinskrankenkasse jedoch noch existiere⁹¹. Der mit den Metallern verbundene Gesangsverein »Liberté« habe sich inzwischen aufgelöst. Die Mitglieder der Metaller-Genossenschaft galten dem Oberamt als »Anhänger der Sozialdemokratie«. Seine Namensliste führt neben drei Fabrikarbeitern und zwei Wirten die üblichen Handwerkerberufe auf⁹².

Ungeachtet ihrer Selbstauflösung wurde das Oberamt Hall angewiesen, das förmliche Verbot der genannten Organisation öffentlich zu verkünden. Dies geschah am 18. November 1878⁹³. Dennoch verblieb der Haller Arbeiterbewegung während der zwölfjährigen Ära des Sozialistengesetzes ein letztes Refugium. Im November 1878 machte das Stadtschultheißenamt das Oberamt auf die Existenz des Arbeitergesangsvereins aufmerksam, dessen Mitglieder sich angeblich zum größten Teil aus ehemaligen Sozialdemokraten und Gewerkschaftern rekrutierten. Die vom Vorstand, dem Schmied Friedrich Bischoff, vorgelegte Mitgliederliste mit 18 Namen führt jedoch nur einen Sozialdemokraten auf. Die ebenfalls vorgelegten undatierten Statuten galten dem Schultheißenamt als »unverfänglich«, postulierten sie doch »Pflege des Gesangs, guter Lektüre und geselliger Unterhaltungen« als alleinigen Vereinszweck. Bemerkenswert erschien den Behörden jedoch der Besitz einer roten Fahne. Das älteste Vereinsmitglied, Colporteur Fischer – sein Name erscheint als einziger auch auf der Liste der Sozialdemokraten –, erklärte auf Befragen, die Fahne sei vor Jahren vom damaligen Arbeiterverein angeschafft worden. Die rote Farbe diene dazu, »sich vor den anderen hier bestehenden Vereinen auszuzeichnen«. Aus der Herkunft wird deutlich, daß der Arbeitergesangsverein die Nachfolge des Arbeitervereins angetreten hatte. Oberamtmann v. Daniel schlug vor, den Verein »vorerst unbeanstandet zu lassen«, jedoch »scharf zu beobachten«. Dem stimmte die Kreisregierung zu, allerdings sei die Bibliothek zu überprüfen. Nach dem Einzug einiger Schriften demonstrierte der Arbeiterge-

89 Zum Vorangehenden KrA SHA 1/510.

90 Reichsgesetzblatt Nr. 34 v. 21. 10. 1878.

91 Während die Krankenkasse der Tischler unbehelligt blieb, wurde die der Metallarbeiter 1881 geschlossen: KrA SHA 1/510.

92 Zum Vorangehenden ebd. Lt. *Schmierer* (S. 217) verfügten die Metaller nur über ca. 20 Mitglieder.

93 HT Nr. 273 v. 21. 11. 1878.

sangverein Wohlverhalten. Vorstand Bischoff erklärte, man stehe »allen socialdemokratischen Tendenzen fern« und habe demzufolge die früheren »Liberté«-Mitglieder nicht aufgenommen. Schließlich solle die Fahne durch eine andere ersetzt werden, sobald dazu Mittel vorhanden seien. Obwohl im Mai 1879 zur Kenntnis des Oberamtes gelangte, »daß eine Anzahl ehemaliger Mitglieder der früher... bestandenen... social-demokratischen Verbindungen im Arbeitergesangverein Aufnahme gefunden hat«, wurde lediglich das Überwachungsgebot erneuert. Im November 1879 zog das Oberamt das Fazit, daß weder »socialistische Verbindungen« beständen noch »social-politische Tendenzen« herrschten⁹⁴. So blieb der Arbeitergesangverein auch in der Folgezeit unbehelligt. Dies mag als Indiz dafür gelten, daß das Sozialistengesetz in Württemberg insgesamt milder gehandhabt wurde als anderswo. Sozialdemokratische Parteiführer haben dies mehrfach betont⁹⁵.

Diese »milde« Praxis hatte jedoch durchaus ihre Grenzen. Im Februar 1879 wurde der Schneider Eberhard, ein »notorisch entschiedener Sozialdemokrat«, wegen der versuchten Neugründung eines »Liederkranzes« oberamtlich vernommen. Er erklärte, ehemalige »Liberté«-Mitglieder hätten ihn gebeten, dort den Vorsitz zu übernehmen, Statuten seien bereits entworfen, 15 Mitglieder – davon 10 aus der aufgelösten »Liberté« – vorhanden. Eberhard wurde belehrt, die Gründung stelle für das Oberamt »eine Fortsetzung des Gesangvereins ›Liberté‹« dar, sein »Inslebetreten« sei daher zu beanstanden. Der vermögenslose Familienvater erklärte daraufhin, er wolle sich »keinen Unannehmlichkeiten aussetzen« und seine Kameraden entsprechend informieren; der Verein werde »nicht ins Leben« treten⁹⁶.

Im Sommer 1879 hatte das Oberamt Hall über das Verhalten der vormaligen Parteimitglieder zu berichten. Ein daraufhin erstellter Polizeibericht führte u. a. aus: »Die hier bekannten Sozialdemokraten verhalten sich gegenwärtig ruhig und schweigsam, sie sind zwar öfters in Gesellschaften beisammen, ohne aber Politik zu treiben. Daß sie aber noch geheime Verbindungen haben, dürfte nicht ausgeschlossen sein«⁹⁷. In der Tat kann von einer Untätigkeit der Haller Sozialdemokraten während der Zeit der Illegalität nicht die Rede sein. So unterrichtete das Berliner Polizeipräsidium – die eigentliche Zentrale zur Bekämpfung der Arbeiterbewegung mit einem Heer von Spitzeln im In- und Ausland⁹⁸ – im März 1880 das Oberamt, man habe eine an den Haller Schreineresellen Krüger gerichtete Sendung mit Exemplaren des in der Schweiz gedruckten Parteiorgans »Der Sozialdemokrat« abgefangen. Nach Rückfrage bei der Staatsanwaltschaft berichtete das Oberamt, Untersuchungen über die verbotene Verbreitung hätten kein relevantes Ergebnis gebracht, und fügte beschwichtigend hinzu, die kleine Haller

94 KrA SHA 1/510.

95 A. Bebel (wie Anm. 36), S. 588, W. Keil: Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung in Württemberg. In: Schwäb. Tagwacht Nr. 191 v. 17. 8. 1907.

96 KrA SHA 1/510.

97 Ebd.

98 Das Ausmaß dieser Beobachtungstätigkeit reflektieren die oberamtlichen Akten, die zudem eine Anzahl von Steckbriefen gesuchter »Agitatoren« enthalten: KrA SHA 1/510.

Partei verhielte sich »ganz still« und werde »fortwährend scharf überwacht«. Bei Krüger war eine Hausdurchsuchung vorgenommen worden; der Schreinergeselle saß für einige Tage in Vernehmungshaft⁹⁹. Auch in der Folgezeit wurden Sendungen des »Sozialdemokrat« nach Hall konfisziert. Unbekannt blieb den Haller Behörden die Teilnahme Ludwig Schwends am sozialdemokratischen Parteitag in Wyden/Schweiz im August 1880. Dieser erste Kongreß in der Illegalität beschloß u. a. die Teilnahme an Kommunal- und Reichstagswahlen¹⁰⁰.

Spätestens seit 1880 hatte die deutsche Sozialdemokratie ein dichtes Vertriebsnetz für ihre im Ausland hergestellte Presse und zahlreiche Druckschriften aufgebaut. Ein Erlaß des württembergischen Innenministeriums vom November 1880 informierte die Oberämter, daß Druckschriften und Flugblätter »in die verschiedensten Waren und Warenverpackungen versteckt« über die Grenzen kämen und ordnete die »Fahndung nach verdächtigen Sendungen... insbesondere aus Belgien, Holland, England, Frankreich, der Schweiz und Österreich-Ungarn« an. Trotz Überwachung gelangte dieses Material auch nach Hall. Mitte November 1880 meldete das Stadtschultheißenamt erstmals das Auftauchen sozialdemokratischer Flugblätter im Stadtgebiet. »Der oder die Täter« konnten jedoch auch durch die Staatsanwaltschaft nicht ermittelt werden. Im Januar 1881 starteten die Haller Sozialdemokraten eine Großaktion. Wie die Schultheißenämter Bibersfeld, Untermünkheim und Michelfeld übereinstimmend berichteten, hatte man dort nachts massenhaft das in der Schweiz gedruckte Flugblatt »Ein Wort an die landwirtschaftliche Bevölkerung« in die Häuser geschoben. Die Schriften wurden eingesammelt; die »Täter« waren nicht zu ermitteln. Mitte April 1881 meldete das Oberamt der Kreisregierung, daß in Hall, Bibersfeld, Gelbingen und Steinbach 169 Exemplare der wiederum in der Schweiz gedruckten Flugschrift »Aufgepaßt« mit »auf den Umsturz der Gesellschaft gerichteten Bestrebungen« ausgelegt worden seien. Als Verdächtigen hatte man einen als Sozialdemokraten bekannten Schustergesellen verhaftet, mangels Beweisen jedoch nach zwei Tagen wieder entlassen müssen. Die Kreisregierung ordnete daraufhin die Veröffentlichung eines förmlichen Verbots der Druckschrift an. Ein vom Inhalt besonders eindrucksvolles Flugblatt – es kam aus Holland – verbreiteten die Haller Sozialdemokraten in einer Nachtaktion im Januar 1888. Es erinnerte an die Reichsgründung von 1871 und zitiert einleitend aus der damaligen Kaiserproklamation, die inneren Frieden, »Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung« versprochen hatte. In einer scharfen Abrechnung mit dem Bismarckreich wird diesem Anspruch die Realität entgegengestellt: Ausbeutung der arbeitenden Menschen zugunsten von Fabrikanten und Großgrundbesitzern. Knebelung durch ein »Ausnahmegesetz... das eine ganze Partei rechtlos der Willkür der Polizeibehörden überantwortet«. Weiter heißt es: »Was die ›Gesittung‹ im Reich anbetrifft, so brauchen wir nur auf die Gesinnungslosigkeit der ›nationalen‹ Presse hinzuweisen, die alle Thaten der Machthaber

99 Ebd., C. Rieber: Das Sozialistengesetz und die Sozialdemokratie in Württemberg 1878–1890, 2 Bde., Stuttgart 1984, S. 253, Anm. 36.

100 Ebd., (Rieber), S. 263f.

verteidigt und lobpreist. Nicht minder zeigt von der Gesittung das infame Denuzianten- und Spitzelthum, das unter den Ausnahmegesetzen großgezogen worden ist¹⁰¹. Die abschließende Beschwörung einer besseren Zukunft illustriert, warum in Hall und überall im Reich der Einsatz der Sozialdemokraten trotz drakonischer und existenzbedrohender Strafbestimmungen des Sozialistengesetzes nicht erlahmte. Die Verbreiter der Druckschriften hatten Geldstrafen bis zu tausend Mark oder Gefängnis bis zu sechs Monaten zu gewärtigen.

Der Spielraum, den das Sozialistengesetz für eine legale Betätigung bot, war äußerst gering. Versammlungen mit politischen Inhalten verboten. Dennoch gelang es den Haller Sozialdemokraten, während der 1880er Jahre einige Veranstaltungen mit auswärtigen Referenten durchzuführen; Einzelpersonen zeichneten dafür verantwortlich. Vordergründig waren die dabei behandelten Themen unpolitisch. So referierte 1882 der Reichstagsabgeordnete Kayser etwa über die Kranken- und Unfallversicherung und die Lage der Kleingewerbe¹⁰². 1886 sprach der Stuttgarter Schriftsteller Stern über den Einfluß der Maschinen auf die soziale Lage der Arbeiter¹⁰³. Auch gewerkschaftliche Aktivitäten fanden statt. Ein offenbar 1882 entstandener »Fachverein der Schreiner und verwandter Berufsgenossen«¹⁰⁴ trat 1883 mit einer Versammlung unter dem Thema »Die lange Arbeitszeit und die heutige Produktionsweise« an die Öffentlichkeit¹⁰⁵. 1885 bildete sich ein Fachverein der Schneider¹⁰⁶; beide Organisationen waren jedoch offenbar kurzlebig.

Das eigentliche Kampf- und Bewährungsfeld der Sozialdemokraten während der Zeit der Unterdrückung stellten die Wahlen dar. Christoph Schwend, schon seit 1877 (und vorher von 1865–1871) im Haller Gemeinderat vertreten, wurde 1883 trotz der Präsentation eines konservativen Wahlvorschlags mit überzeugender Stimmenzahl wiedergewählt¹⁰⁷. Schwend trat zwar nicht als Kandidat der Sozialdemokraten an, das Wählervotum war dennoch ein Erfolg für seine Partei.

Vier Reichstagswahlen – 1881, 1884, 1887 und 1890 – lieferten letztendlich den Beweis, daß Bismarcks Versuch der Zerschlagung der Sozialdemokratie erfolglos blieb. Die Wahlen vom Oktober 1881 standen im Zeichen extremer Wahlbehinderung. Wie im übrigen Württemberg konnten auch in Hall keine sozialdemokratischen Versammlungen stattfinden, die Aufnahme von Anzeigen wurde verwehrt. Ursprünglich wollten die Haller Sozialdemokraten wiederum Vahlteich aufstellen. Von dessen Auswanderung nach Amerika zeigten sie sich enttäuscht und nominierten schließlich August Bebel, für den lediglich in einer nächtlichen Flugblattaktion geworben werden konnte¹⁰⁸. Unter diesen Umständen ist es nicht verwun-

101 KrA SHA 1/510. Dort auch weitere Flugblätter.

102 HT Nr. 125 v. 1. 6. u. Nr. 215 v. 14. 9. 1882.

103 HT Nr. 175 v. 30. 7. 1886.

104 HT Nr. 215 v. 14. 9. 1882.

105 HT Nr. 91 v. 21. 4. 1883.

106 HT Nr. 215 v. 15. 9. 1885.

107 HT Nr. 294 v. 16. 12. 1883. *Rieber* (wie Anm. 99, S. 833) geht von einer ersten Wahl Schwends in den Gemeinderat aus.

108 HT Nr. 250 v. 27. 10. 1881.

derlich, daß ein Artikel im »Sozialdemokrat« von »Flauheit« und »Mutlosigkeit« der Haller Genossen berichtete¹⁰⁹; im Oberamtsbezirk entfielen nur 135 Stimmen auf Bebel¹¹⁰. Dieser Abwärtstrend hielt zunächst an. Obwohl das »Komité der Arbeiterpartei« 1884 in der Lokalpresse für die Wahl Bebels aufrufen konnte – bei seiner Popularität sei es »überflüssig, auf Weiteres einzugehen«¹¹¹ – wurden im Oberamtsbezirk nur 83 Stimmen erzielt¹¹². 1887 konnte dieser Tiefpunkt dann überwunden werden. Es gelang dem Wahlkomitee für Bebel, eine Versammlung mit einem Stuttgarter Referenten abzuhalten. Nach deren Eröffnung durch Chr. Schwend wurde vor 60–70 Zuhörern die Haltung der Volkspartei attackiert, die ohne eigenen Kandidaten für eine Wahlenthaltung plädiert hatte. Das Haller Tagblatt sprach von einem Versammlungsverlauf »in völliger Ordnung«; für die »überwachende Polizei« habe kein Anlaß zum Einschreiten bestanden¹¹³. Offenbar hielten sich nicht alle Anhänger der Volkspartei an die ausgegebene Devise, entfielen doch auf den »Protestkandidaten« Bebel 365 Stimmen im Oberamtsbezirk. Bemerkenswert ist, daß auch in zahlreichen Landorten für Bebel gestimmt wurde. Er erhielt z. B. in Steinbach und Wolpertshausen je 14 Stimmen, in Gailenkirchen hatten 28 Wähler für den Nichtkandidaten Schwend votiert¹¹⁴. Allerdings folgte diesem bisher besten Ergebnis ein trauriges Nachspiel. Die Verbreitung eines Flugblattes brachte den Haller Sozialdemokraten Hausdurchsuchungen und Vernehmungen, vier Parteianhänger wurden zu Geldstrafen verurteilt, obwohl ein lokales Flugblattverbot nicht erfolgt war¹¹⁵.

Demgegenüber verlief die Reichstagswahl von 1890 für die Haller Sozialdemokraten beinahe optimal. Mehrere Versammlungen – auch außerhalb des Oberamtsbezirks (in Weinsberg, Löwenstein und Mainhardt) – konnten durchgeführt, Wahlaufträge verteilt werden. Aus Kupferzell wurde z. B. berichtet, der Ort sei mit sozialdemokratischen Flugblättern »überschwemmt« worden. Allerdings fehlte es nicht an »Begleitmusik«. Während der Haller Oberamtmann in der Wahlkampfphase belehrende Vorträge über die Invaliditäts- und Altersversicherung hielt – seine Terminwahl war sicherlich nicht zufällig –, »polemisierte« der Löwensteiner Pfarrer auf der dortigen Versammlung »in schneidiger Weise und unter Beifall der... Bürger« gegen den sozialdemokratischen Redner. Mit der Aufstellung Christoph Schwends als Reichstagskandidaten beschritt das Haller Wahlkomitee nach dessen gutem Abschneiden im Vorjahr (s. u.) einen neuen Weg. Schwend begründete seine Kandidatur während einer Versammlung in Hall einleuchtend damit, daß »er schon lange im Dienste des Volkes und für die Sache des Volkes tätig sei«. Er überließ jedoch dem Stuttgarter Reichstagsabgeordneten Dietz das Hauptreferat, da er kein »Volksredner« sei. Das über diese Veranstaltung im

109 Dazu *Rieber* (wie Anm. 99), S. 671.

110 HT Nr. 252 v. 29. 10. u. Nr. 255 v. 2. 11. 1881.

111 HT Nr. 250 v. 23. 10. 1884.

112 HT Nr. 44 v. 23. 2. 1887.

113 HT Nr. 42 v. 20. 2. 1887.

114 HT Nr. 44 v. 23. 2. 1887.

115 *Rieber* (wie Anm. 99), S. 685f.

Gegensatz zu den früheren Jahren mehrfach berichtende Lokalblatt bescheinigte Dietz' Vortrag, »ruhig und sachlich« gewesen zu sein. Das Wahlergebnis war ein eindrucksvoller Beweis der Popularität des 72jährigen Schwend. Von den im 11. Wahlkreis erzielten 872 Stimmen entfielen 458 auf den Bezirk Hall, darunter kamen 313 aus der Oberamtsstadt. Unter den Landorten ragten die Ergebnisse von Gelbingen und Steinbach mit je 25 Stimmen heraus¹¹⁶. Das Oberamtsergebnis lag damit über dem Landesdurchschnitt. Es dokumentiert, daß hier wie im gesamten Reich die staatliche Repression ihr Ziel verfehlt hatte, der Aufstieg der Sozialdemokratie unaufhaltbar war.

Bereits 1889, bei der ersten Beteiligung der Haller Sozialdemokraten an einer Landtagswahl, war Schwend als Kandidat aufgetreten. Trotz Wahlbehinderung – ein Auftritt des Schriftstellers Bloss in Hall war mit dubioser Begründung verboten worden – erzielte er mit 359 Stimmen (9,9 % der Abstimmenden) ein beachtliches Ergebnis. Es machte eine Stichwahl zwischen den Kandidaten der Volkspartei und der Deutschen Partei nötig. Schwends Wahlkomitee plädierte dazu für Stimmenthaltung, bestehe doch zwischen beiden Kontrahenten »ein wesentlicher Unterschied nicht«¹¹⁷. Dieser Erfolg eines lokalen Kandidaten hat zweifellos Schwends Kandidatur bei der Reichstagswahl 1890 veranlaßt.

Um so schmerzlicher mußte Schwends Tod am 2. Juli 1890 seine Parteifreunde treffen. »Was der Tote den hiesigen Genossen war, läßt sich in Worten nicht ausdrücken« hieß es im »Sozialdemokrat«¹¹⁸. Die Lokalzeitung prophezeite dem »geachteten Mitbürger« ein »freundliches Andenken« und bescheinigte ihm, seinen politischen Überzeugungen »stets offenen und rückhaltlosen Ausdruck verliehen« zu haben. Der Haller Stadtschultheiß, Schützengilde und Turngemeinde erwiesen dem Verstorbenen die letzte Ehre, die Beerdigung fand unter »sehr großer Beteiligung... aller Stände« statt¹¹⁹. Nach dem warmen Nachruf, den der »Sozialdemokrat« dem »überzeugungstreuen, opferwilligen Genossen« widmete, gestaltete sich das Begräbnis zu einer eindrucksvollen Manifestation der Sozialdemokratie. Zwei Redner aus Stuttgart sprachen am Grab und legten Kränze im Namen der Stuttgarter sowie der württembergischen Genossen nieder, auch Parteifreunde aus Göppingen und Öhringen ehrten ihn – wie auch seine örtlichen Genossen und Arbeiter – durch Kränze. Daß ein weiterer, stillschweigend niedergelegter Kranz als von der Volkspartei kommend angesehen wurde¹²⁰, besaß symbolische Bedeutung. War doch an Schwends politischem Werdegang die Emanzipation der Arbeiterbewegung vom Linksliberalismus ablesbar.

Swend hatte so zwar noch das absehbare Ende des Sozialistengesetzes erlebt – im Reichstag war Ende Januar 1890 eine Verlängerung abgelehnt worden¹²¹ –,

116 HT Nr. 20–48, Januar–Februar 1890.

117 HT Nr. 2–17, Januar 1889, vgl. auch *Rieber* (wie Anm. 99), S. 332.

118 Nr. 29 v. 19. 7. 1890.

119 HT Nr. 152, 153, 155 – Juli 1890.

120 Wie Anm. 118.

121 Die Haller »Arbeiterpartei« hatte so die »Arbeiter von Hall und Umgegend« zu einer Maifeier aufrufen können: HT Nr. 99 v. 30. 4. 1890.

nicht jedoch sein Auslaufen am 30. September 1890. Die »Heldenzeit« der deutschen Sozialdemokratie (W. Bloss) war damit zu Ende gegangen. Das »Schmachgesetz« (W. Keil) hatte Haller Sozialdemokraten Freiheitsstrafen von mindestens einem Monat und drei Tagen gebracht, in Stuttgart betrug die verhängte Straf- und Untersuchungshaft dreizehn Jahre, zwei Monate und vierzehn Tage¹²², im Reichsgebiet bezifferten sich die gegen etwa 1500 Personen verhängten Freiheitsstrafen auf rund eintausend Jahre¹²³.

Der Fall des Sozialistengesetzes brachte den Sozialdemokraten keineswegs die gesellschaftliche Rehabilitierung. Im kaiserlichen Deutschland begegneten ihnen weite Kreise der bürgerlichen Gesellschaft nach wie vor mit Ablehnung, Mißtrauen, ja sogar Haß. Ein Erlaß des württembergischen Innenministeriums vom 1. Oktober 1890 forderte die Oberämter auf, sozialdemokratische Versammlungen auch weiterhin »durch geeignete Polizeibedienstete« überwachen zu lassen¹²⁴. Gleichzeitig gab das Haller Tagblatt die Devise aus: »Eine dauernd wirksame Abwehr... kann nur in der unermüdlichen und zweckentsprechenden Arbeit Aller bestehen, die den Umsturz verhindern wollen«¹²⁵.

Im Oktober und November 1890 erfolgte die Neuformierung der Partei auf Reichs- und Landesebene. Auf dem Parteitag von Halle/Saale (12.–18. Oktober) wurde der Name »Sozialdemokratische Partei Deutschlands« angenommen. Eine württembergische Landesversammlung verabschiedete am 2. November in Stuttgart ein Organisationsstatut, nach dem örtliche Arbeitervereine der Landesorganisation als Mitgliedschaften angehören sollten¹²⁶. Der Haller Arbeitergesangverein berief daraufhin für den 22. November eine Plenarversammlung ein¹²⁷. Dem Antrag des Vereinsausschusses entsprechend wurde dort »nach stürmischer Debatte« die Umwandlung in einen politischen Verein »mit sozialdemokratischer Tendenz« beschlossen. Ein Informant wußte der Lokalzeitung zu berichten, daß dieser Beschluß »verschiedene Austrittserklärungen zur Folge« haben würde¹²⁸. Die Saat des Sozialistengesetzes zeigte so noch ihre Auswirkungen. Die Haller Sozialdemokraten firmierten nun wiederum als »Arbeiter-Verein« mit dem Zusatz »Mitgliedschaft der Sozialdemokratischen Partei Württembergs«¹²⁹. Die neue Ausrichtung des Vereins hatte einen Wechsel in der Führung gebracht. Während in den 1880er Jahren der Obersäger Hagenlocher als Vorstand des Arbeitergesangvereins fungierte¹³⁰, stand spätestens seit Anfang 1891 und dann für viele Jahre der Schreiner

122 *Rieber* (wie Anm. 99), S. 580.

123 *F. Mehring*: Zur deutschen Geschichte bis ... 1789 (= Gesammelte Schriften, Bd. 5), (Ost-)Berlin 1975, S. 216.

124 *Rieber* (wie Anm. 99), S. 636.

125 HT Nr. 230 v. 2. 10. 1890.

126 Abgedruckt bei *M. Christ-Gmelin*: Die württembergische Sozialdemokratie 1890–1914... Diss. Stuttgart 1976, S. 223f.

127 HT Nr. 274 v. 22. 11. 1890.

128 HT Nr. 277 v. 26. 11. 1890.

129 Gedrucktes Statut o. D., Kopie im KrA SHA.

130 Adreß- und Geschäftshandbuch der Oberamtsstadt Schwäbisch Hall, Hall 1886, S. 132.

Krüger dem Arbeiterverein vor¹³¹. Krüger war bereits 1878 Mitglied der Haller Arbeiterpartei¹³² und trat 1883 als Vorstand des Schreiner-Fachvereins auf¹³³. Demgegenüber dürfte Hagenlocher ein Exponent der unpolitischen Richtung des Arbeitergesangvereins gewesen sein; er erscheint 1878 weder als Partei- noch als Gewerkschaftsmitglied.

Ist es bereits bemerkenswert – wenn auch für Württemberg nicht unbedingt ungewöhnlich –, daß die Haller Arbeiterbewegung ganz überwiegend von unselbständigen Handwerkern getragen wurde, so sind die frühzeitige Konstituierung und ihre inselartige Existenz in und über württembergisch Franken hinaus besonders hervorzuheben. Während die Haller Sozialdemokraten auf Landesebene kaum hervortraten und stets auf auswärtige Referenten zurückgriffen, zeigt ihre Entwicklung – namentlich im Prozeß der Ablösung vom Linksliberalismus – exemplarische Züge der allgemeinen Parteigeschichte. Das aktive Eintreten der Haller Genossen für ihre Überzeugungen während der Zeit des Sozialistengesetzes brachte ab 1887 Wahlergebnisse, mit denen an die Jahre 1877 und 1878 angeknüpft werden konnte. Auch ein erstes Vordringen in die Landorte wurde erreicht. Während in der Stadt Hall 1887 und 1890 über 20 % der Abstimmenden für die verfeimte Partei votierten, blieben deren Ergebnisse in den umliegenden Oberamtsstädten mehr als mager. Im 12. württembergischen Wahlkreis (Oberämter Crailsheim, Gerabronn, Künzelsau und Mergentheim) waren bei den Reichstagswahlen bis 1890 sogar noch nie Stimmen auf die Sozialdemokratie entfallen¹³⁴. So wird deutlich, daß die Haller Sozialdemokraten eine ausgesprochene Sonder- und Vorreiterstellung im ländlich strukturierten Nordosten Württembergs einnahmen.

ANHANG

1. Statuten des Arbeiter-Bildungs-Vereins in Schwäbisch Hall

- § 1 *Zweck des Vereins ist: geistige Bildung des Arbeiters durch passende Vorträge, gute Lektüre, Pflege des Gesangs und Unterricht in allgemein notwendigen Kenntnissen usw.*
- § 2 *Zu diesem Zwecke versammeln sich die Mitglieder des Vereins an bestimmten Tagen, zum mindesten aber einmal in der Woche.*
- § 3 *Jeder Arbeiter ohne Unterschied der Person und der Beschäftigung kann, wenn er das 18. Lebensjahr erreicht hat, dem Verein beitreten. Ausgeschlossen sind nur solche, welche sich eines entehrenden Vergehens schuldig gemacht haben.*
- § 4 *Jedes Mitglied zahlt als Aufnahme 12 kr. und als Monatsbeitrag 9 kr. in die Vereinskasse.*

131 Er wird genannt im HT Nr. 30 v. 6. 2. 1891.

132 KrA SHA 1/510.

133 HT Nr. 91 v. 21. 4. 1883.

134 Rieber (wie Anm. 99), S. 702.

- § 5 Sollten Geschenke oder Beiträge für den Verein eingehen, so dürfen dieselben bloß zu solchen, die Bildung der Mitglieder des Vereins befördernden Zwecken verwendet werden.
- § 6 Wer drei Monate mit Entrichtung der Beiträge im Rückstand bleibt, wird als ausgetreten betrachtet.
- § 7 Abgereiste und wieder zurückkehrende Mitglieder sind, wenn sie dem Verein innerhalb vier Wochen wieder beitreten, von der Aufnahme-Gebühr frei.
- § 8 Mitglieder, welche sich eines entehrenden Vergehens zu Schulden kommen lassen, oder trotz wiederholten Warnungen die Sitte und den Anstand verletzen, werden ohne Weiteres vom Verein ausgeschlossen.
- § 9 Jedes Mitglied ist befugt, sämtliche Bildungs-Mittel des Vereins nach ihrem ganzen Umfange zu benützen. Ebenso steht jedem Mitglied das Recht zu, Personen, die dem Vereine nicht angehören, einzuführen; doch ist der Einführende für dessen moralisches Betragen verantwortlich.
- § 10 Ein Nichtmitglied kann bloß 3 mal eingeführt werden.
- § 11 Männer, die sich dem Verein auf besondere Weise verdient gemacht haben, können auch als Ehrenmitglieder aufgenommen werden, und haben alle Rechte des Vereins zu genießen.
- § 12 Der Verein wird geleitet durch ein Komitee, welches aus einem Vorstand, Beziehungsweise Vize-Vorstand, Kassier, Schriftführer und vorläufig aus 3 Ausschußmitgliedern besteht. Die Zahl der Ausschußmitglieder richtet sich nach der Stärke des Vereins.
- § 13 Der Ausschuß hat für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Verein zu sorgen und sich mit allen Kräften der Erreichung der Vereinszwecke zu widmen.
- § 14 Das Komitee ist berechtigt, zu seinen Sitzungen auch Ehrenmitglieder einzuladen, um deren Rat entgegen zu nehmen.
- § 15 Bei besonderen Ereignissen wird eine General-Versammlung ausgeschrieben, welche ihre Beschlüsse durch einfache Stimmenmehrheit faßt.
- § 16 Alle Halbjahr findet eine bestimmte General-Versammlung statt, in welcher eine Neuwahl des Komitees stattfindet, doch sind die Mitglieder des vorigen Komitees wieder wählbar.
- § 17 Der Verein wird so lange als bestehend betrachtet, so lange noch ein Drittel der Mitglieder für das Bestehen des Vereins stimmen.
- § 18 Vorstehende Statuten können nach Verlauf eines Halbjahrs bei der Neuwahl des Komitees aufgrund der indessen gemachten Erfahrungen abgeändert werden.

Schwäbisch Hall, den 24. April 1864

Der Ausschuss

2. Das 1878 bei den Haller Sozialdemokraten eingezogene
(Eisenacher) Parteiprogramm
(HStA Stgt. E 146 alt. Bü 1871)

Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

I. Die sozial-demokratische Arbeiterpartei erstrebt die Errichtung des freien Volksstaats.

II. Jedes Mitglied der sozial-demokratischen Arbeiterpartei verpflichtet sich, mit ganzer Kraft einzutreten für folgende Grundsätze:

- 1) Die heutigen politischen und sozialen Zustände sind im höchsten Grade ungerecht und daher mit der größten Energie zu bekämpfen.*
- 2) Der Kampf für die Befreiung der arbeitenden Klassen ist nicht ein Kampf für Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für gleiche Rechte und gleiche Pflichten und für die Abschaffung aller Klassenherrschaft.*
- 3) Die ökonomische Abhängigkeit des Arbeiters von dem Kapitalisten bildet die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, und es erstrebt deshalb die sozial-demokratische Partei unter Abschaffung der jetzigen Produktionsweise (Lohnsystem) durch genossenschaftliche Arbeit den vollen Arbeitsertrag für jeden Arbeiter.*
- 4) Die politische Freiheit ist die unentbehrliche Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat.*
- 5) In Erwägung, daß die politische und ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse nur möglich ist, wenn diese gemeinsam und einheitlich den Kampf führt, gibt sich die sozial-demokratische Arbeiterpartei eine einheitliche Organisation, welche es aber auch jedem Einzelnen ermöglicht, seinen Einfluß für das Wohl der Gesamtheit geltend zu machen.*
- 6) In Erwägung, daß die Befreiung der Arbeit weder eine lokale noch nationale, sondern eine soziale Aufgabe ist, welche alle Länder, in denen es moderne Gesellschaft gibt, umfaßt, betrachtet sich die sozial-demokratische Arbeiterpartei, soweit es die Vereinsgesetze gestatten, als Zweig der Internationalen Arbeiterassoziation, sich deren Bestreben anschließend.*

III. Als die nächsten Forderungen in der Agitation der sozial-demokratischen Arbeiterpartei sind geltend zu machen:

- 1) Ertheilung des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts an alle Männer vom 20. Lebensjahre an, zur Wahl für das Parlament, die Landtage der Einzelstaaten, die Provinzial- und Gemeindevertretungen, wie alle übrigen Vertretungskörper. Den gewählten Vertretern sind genügende Diäten zu gewähren.*
- 2) Einführung der direkten Gesetzgebung (d. h. Vorschlags- und Verwerfungsrecht) durch das Volk.*
- 3) Aufhebung aller Vorrechte des Standes, des Besitzes, der Geburt und der Konfession.*

- 4) Errichtung der Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.
- 5) Trennung der Kirche vom Staat, und Trennung der Schule von der Kirche.
- 6) Obligatorischer Unterricht in Volksschulen und unentgeltlicher Unterricht in allen öffentlichen Bildungsanstalten.
- 7) Unabhängigkeit der Gerichte, Einführung der Geschwornen- und Fachgewerbe-gerichte, Einführung des öffentlichen und mündlichen Gerichtsverfahrens und unentgeltliche Rechtspflege.
- 8) Abschaffung aller Preß-, Vereins- und Koalitions-gesetze; Einführung des Normal-arbeitstages; Einschränkung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit. Beseiti-gung der durch die Zucht- und Arbeitshausarbeit den freien Arbeitern geschaffenen Kokurrenz.
- 9) Abschaffung aller indirekten Steuern und Einführung einer einzigen direkten progressiven Einkommensteuer und Erbschaftssteuer.
- 10) Staatliche Förderung des Genossenschaftswesens und Staatskredit für freie Pro-duktivgenossenschaften unter demokratischen Garantien.

Mitarbeiter, Mitkämpfer!

Das »Programm« der sozial-demokratischen Arbeiterpartei, in politischer wie in ökonomischer Beziehung das radikalste, verlangt die Befreiung der arbeitenden Klasse aus den Fesseln, in welche bis heute noch die herrschende reaktionäre Staatsgewalt und die »liberale« Bourgeoisie im Bündniß mit dem Jesuitismus der privilegierten Staatskirchen dieselbe geschlagen hält. Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit – das Programm der glorreichen Revolution, welche die allgemeinen Menschenrechte proklamirte, ist auch unsere Forderung, die solidarische Forderung der Sozialdemokraten aller Länder. Dieses Programm zu verwirklichen muß die Aufgabe aller Arbeiter sein. Darum genügt es nicht allein, diesen Bestrebungen der sozial-demokratischen Partei zu huldigen, sondern jeder Einzelne von Euch, die gesammte Arbeiterklasse ist verpflichtet, in die sozialdemokratische Arbeiterpartei, in die Reihen der unerschrockenen Vorkämpfer für die Rechte des Proletariats einzutreten und in reger Agitation für die Verwirklichung dieses Programms mitzuwirken. – Darum, Mitarbeiter, gleichviel ob Ihr als Lohnslaven des Kapitals bei schwerer Handarbeit Euer Leben kümmerlich fristet, oder ob Ihr bei nicht minder anstrengender Kopf- und Geistesarbeit als Tagelöhner der Bourgeoisie kärglich besoldet werdet, – Proletarier! Euch Alle fordern wir auf, einzutreten in unsere Reihen und mit uns theilzunehmen am Befreiungswerke der Menschheit. Denn nur dann, wenn jeder Einzelne von Euch eintritt in unsere Organisation, um in geschlossenen Reihen theilzunehmen an dem gewaltigen Kampfe für die Befreiung des Arbeiterstandes, wird das Wort zur That, der Gedanke zur Wahrheit werden: »daß die Arbeiter der Fels sind, auf welchen die Kirche der Gegenwart gebaut wird«.

Arbeiter! Nochmals empfehlen wir Euch den Eintritt in die sozialdemokratische Arbeiterpartei, der schon Tausende und Abertausende Eurer Arbeitsbrüder angehören und die in allen Städten Deutschlands Freunde und Mitglieder zählt.

Der geringe Beitrag (monatl. 1 Sgr. = 3½ Kr.), der von Euch verlangt wird, und den

jedes Mitglied zu entrichten hat, wird lediglich zur Förderung der Agitation verwandt. – Es gibt keine andere Partei in Deutschland, keinen Verein, welchen Namen dieselben führen mögen, der Eure Rechte in gleich entschiedener Weise vertritt, und gestützt auf eine feste einheitliche Organisation, die Interessen des arbeitenden Volkes in Wort und That zu fördern berufen und im Stande ist als die sozialdemokratische Arbeiterpartei, die Eure Parole, deren Organisation Eure Losung und deren Programm Euer Feldgeschrei sein muß. – Arbeiter! Dieser Partei beizutreten, das Organ derselben, den »Volksstaat«, zu lesen und zu verbreiten, ist Eure Pflicht, Eure Ehre.

Der Ausschuß der sozial-demokratischen Arbeiterpartei.

(Hamburg).